

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	1
I. Sinn und Zweck einer rechtsvergleichenden Arbeit im deutschen und brasilianischen Recht	2
II. Gegenüberstellung beider Länder	7
1. Geschichtlicher Überblick	8
a. Bundesrepublik Deutschland	8
b. Föderative Republik Brasilien	18
2. Soziale Eckdaten der miteinander zu vergleichenden Länder	22
a. Soziale Eckdaten der Bundesrepublik Deutschland	23
b. Soziale Eckdaten der Föderativen Republik Brasilien	26
3. Zusammenfassung	31
III. Gegenüberstellung des deutschen Grundgesetzes und der brasilianischen Verfassung (Constituição) von 1988	32
1. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (BRD) von 1949	33
2. Die brasilianische Verfassung von 1988	45
3. Stellungnahme und Vergleich	64
IV. Gegenüberstellung der zivilrechtlichen Gesetzgebung beider Länder und deren Durchlässigkeit für verfassungsrechtliche Werte	71
1. Die deutsche privatrechtliche Gesetzgebung	71
a. Das herrschende Menschenbild in der deutschen Privatrechtsordnung	72
b. Das BGB und dessen Durchlässigkeit für verfassungsrechtliche Werte	75

c.	Die Ergänzung und Abänderung des BGB durch die Grundrechte	77
aa.	Das Grundgesetz als Referenzsystem.....	79
bb.	Zusammenfassung.....	81
2.	Die brasilianische privatrechtliche Gesetzgebung	82
a.	Der brasilianische Código Civil von 1916.....	82
b.	Die Veränderung der brasilianischen Rechtsordnung durch den Verbraucherschutz	84
aa.	Die „Konstitutionalisierung“ des brasilianischen Zivilrechts	85
bb.	Das Verbraucherschutzgesetz von 1990	87
c.	Der Código Civil von 2002.....	95
d.	Zusammenfassung	102
3.	Vergleich der deutschen und brasilianischen privatrechtlichen Gesetzgebung	105
V.	Übersicht und Schlussfolgerung	114
B.	Erstes Kapitel - Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum in Deutschland	117
I.	Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum	117
1.	Verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts auf ein Existenzminimum	119
a.	Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum in der höchstrichterlichen Rechtsprechung	120
b.	Ableitung aus Art. 1 Abs. 1 GG i.V. mit dem Sozialstaatsprinzip gemäß Art. 20 Abs. 1 GG	123
c.	Ableitung alleine aus Art. 1 Abs. 1 GG	124
d.	Stellungnahme	126
2.	Umfang des Rechts auf ein Existenzminimum	129
a.	Die physische Notversorgung	132
b.	Das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum.....	134
3.	Verfassungsrechtliche Qualität und Wirkung des Rechts auf ein Existenzminimum	137

a.	Das Existenzminimum als gegenüber der Menschenwürde eigenständiges Grundrecht.....	138
b.	Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum als ein soziales Menschenrecht.....	139
c.	Bindung der gesamten Rechtsordnung an das Recht auf ein Existenzminimum.....	140
aa.	Bindung der öffentlichen Gewalt.....	141
bb.	Bindung der judikativen Gewalt; insbesondere die der Zivilrechtsprechung.....	143
cc.	Bindung der Privatrechtssubjekte	147
d.	Zusammenfassung.....	151
II.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung einer unmittelbaren Auswirkung des Rechts auf ein Existenzminimum auf das Zivilrecht	156
1.	Kollision von Privatautonomie und Recht auf Existenzminimum.....	156
a.	Unzulässiger Verzicht auf das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum	160
b.	Grundrechtskollision	161
c.	Schlussfolgerung.....	163
2.	Besondere Voraussetzungen für eine zivilrechtliche Sozialgestaltung	164
a.	Zulässigkeitsvoraussetzung für einen Eingriff in die Privatautonomie	166
aa.	Verhältnismäßigkeit privatrechtlicher Sozialgestaltungen	166
(1)	Verfolgung eines verfassungslegitimierte[n] Ziels.....	166
(2)	Geeignetheit des eingesetzten Mittels.....	167
(3)	Erforderlichkeit des eingesetzten Mittels	167
(4)	Die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	168
bb.	Willkürverbot	168
cc.	Wesensgehaltsgarantie	169
b.	Stellungnahme	169
C.	Zweites Kapitel – Das Recht auf ein Existenzminimum in der brasilianischen Rechtsordnung.....	171
I.	Verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts auf Existenzminimum.....	176

1.	Verankerung des menschenwürdigen Existenzminimums in den sozialen Grundrechten der Verfassung von 1988.....	177
2.	Verankerung des menschenwürdigen Existenzminimums in dem Menschenwürdeprinzip	178
3.	Stellungnahme	180
II.	Die rechtliche Qualität des Rechts auf ein Existenzminimum... 	182
1.	Existenzminimum als Effizienzgarantie der sozialen Grundrechte	182
2.	Existenzminimum als eigenständiges Grundrecht.....	184
III.	Umfang des Rechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.....	185
IV.	Zusammenfassung und Vergleich zu Deutschland	191
V.	Auswirkungen des Existenzminimums auf das brasilianische Zivilrecht	192
1.	Bindung der öffentlichen Gewalt.....	192
2.	Bindung der brasilianischen Zivilgerichte.....	195
3.	Bindung der Privatrechtssubjekte.....	203
D.	Drittes Kapitel – Zusammenfassung und Vergleich der erarbeiteten Erkenntnisse	207
E.	Viertes Kapitel – Privatrechtliche Erscheinungsformen des Rechts auf ein Existenzminimum im deutschen und brasilianischen Privatrecht	211
I.	Privatrechtliche Erscheinungsformen des Rechts auf ein Existenzminimum im deutschen Privatrecht	211
1.	Die Sittenwidrigkeit als Einfallstor des Rechts auf Existenzminimum in privatrechtliche Rechtsverhältnisse.....	212
a.	Die sittenwidrige Lohnabrede.....	213
b.	Die Sittenwidrigkeit bedingt durch krasse Missverhältnisse.....	216
c.	Stellungnahme	218

2. Arbeitsrechtliche Schutzgesetze als	
Existenzminimumsgarantie	220
a. § 5 TVG und AEntG	221
aa. Der Tarifvertrag nach §§ 1 ff. TVG und die	
Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 TVG	222
bb. AEntG	223
cc. Stellungnahme	224
b. Der gesetzliche Mindestlohn	225
aa. Verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber einem	
gesetzlichen Mindestlohn	225
bb. Verfassungskonformität des gesetzlichen Mindestlohns	227
(1) Einschränkung der Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m.	
Art. 1 Abs. 1 GG, Art. 9 Abs. 3 GG und Art. 12 GG	227
(2) Verfolgung eines legitimen Zwecks	227
(3) Verhältnismäßigkeit	229
(a) Geeignetheit	229
(b) Erforderlichkeit	230
(c) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	231
cc. Stellungnahme	231
3. Forderungen	232
a. Kontrahierungszwänge	232
aa. Genereller Kontrahierungszwang	233
bb. Spezialgesetzliche Kontrahierungszwänge	234
cc. Sonderfall: Die Praxis der Stromversorgungssperrung	
aufgrund Zahlungsverzug	235
(1) Die Versorgungsunterbrechung wegen Zahlungsverzug	237
(2) Sonderproblem: Der monopolistische Grundversorger	240
(3) Stellungnahme	241
dd. Das Pfändungsschutzkonto gemäß § 850 k ZPO	243
(1) Rechtsnatur der gesetzlich vorgesehenen	
„Umwandlung“ eines Girokontos in ein Pfändungs-	
schutzkonto nach § 850 k ZPO	244
(2) Zielsetzung des neuen Pfändungsschutzkontos	247
(3) Stellungnahme	248
ee. Das „Girokonto für jedermann“ als Sonderproblematik	248
(1) Gesetzliche Verpflichtung	249
(2) Stellungnahme	250
b. Zivilrechtliche Unterhaltsansprüche	251
aa. Der bürgerlich-rechtliche Unterhalt im Licht der	
Existenzsicherung	252

bb. Unterhaltspflichten zwischen Eheleuten bzw. nach Scheidung	253
(1) Unterhalt zwischen Ehegatten	253
(2) Geschiedenenunterhalt	254
(3) Stellungnahme	256
cc. Verwandtenunterhalt	258
(1) Unterhalt minderjähriger Kinder	259
(2) Elternunterhalt	262
dd. Verfassungsrechtliche Legitimation	263
ee. Stellungnahme	266
4. Forderungsbeschränkungen	266
a. Der Selbstbehalt im Unterhaltsrecht	267
b. Vollstreckungsschutz	270
aa. Grundlegendes zur Vollstreckungsbegrenzung	270
bb. Einschlägige Vollstreckungsschutznormen und deren existenzsichernder Charakter	272
(1) § 765a ZPO	272
(2) § 811 ff. ZPO	274
(3) § 850 ff. ZPO	276
(4) § 850 k ZPO	279
cc. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Vollstreckungsschutzes	280
dd. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	283
ee. Stellungnahme	285
c. Insolvenzordnung und der Fall der Restschuldbefreiung	286
aa. Grundsätzliches zum Insolvenzrecht	286
bb. Rechtliche Natur des Insolvenzrechts	287
cc. Das Insolvenzverfahren und das Privatinsolvenzverfahren ...288	
dd. Die Restschuldbefreiung und deren verfassungsrechtliche Verankerung	290
ee. Verfassungsmäßigkeit der Restschuldbefreiung	295
ff. Stellungnahme	297
II. Fazit	298
III. Privatrechtliche Erscheinungsformen des Rechts auf ein menschewürdiges Existenzminimum im brasilianischen Privatrecht	300
1. Der brasilianische Mindestlohn	300

2. Die brasilianische Zivilprozessordnung – der <i>Código de Processo Civil</i> (CPC) – und seine Pfändungsbeschränkungen als existenzsichernde Institute.....	307
a. Pfändungsbeschränkungen und das Existenzminimum	308
aa. Der Grundsatz der vollumfänglichen persönlichen Haftung .	308
bb. Absolut unpfändbare Sachen bzw. „bens absolutamente impenhoráveis“ nach Art. 833 CPC	310
cc. Das Institut des „bem de família“ in der brasilianischen Rechtsordnung	314
b. Stellungnahme	319
3. Das brasilianische Verbraucherschutzrecht und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum	327
a. Der Verbraucherschutz als übergeordnete privatrechtliche Garantie des menschenwürdigen Existenzminimums	327
b. Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und dessen Auswirkungen auf besondere verbraucherrechtliche Fallkonstellationen	330
aa. Die Sperrung der Stromversorgung aufgrund Zahlungsverzug in Brasilien	331
(1) Die normative Reglementierung von Versorgungsleistungen bzw. deren Unterbrechung im Fall des Zahlungsverzugs.....	332
(2) Lösungsansatz der brasilianischen Rechtsprechung hinsichtlich der Durchführbarkeit der Sperrung der Stromversorgung.....	336
(3) Stellungnahme	338
bb. Die verbraucherrechtliche Missbrauchsklausel des Artikels 51 Abs. 4 CDC und das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.....	344
c. Das Problem der Überschuldung und das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum	353
aa. Die normative Regulierung der privaten Überschuldung	358
(1) Die (Privat-)Insolvenz nach den Art. 748 bis 786 CPC a.F.....	359
(2) Das Schiedsgerichtsverfahren nach dem Gesetz Nr. 9.307 vom 23.09.1996	362
bb. Das Reformprojekt des CDC – Gesetzesentwurf Nr. 3515/2015.....	363

(1) Prävention, Informationspflichten und die verantwortungsvolle Kreditvergabe nach den Art. 54-A ff. des Reformprojektes Nr. 3515/2015	368
(2) Das Verfahren der Schuldenneuverhandlung – sog. „processo de repactuação da dívida “ – des Reformprojektes Nr. 3515/15.....	370
(3) Stellungnahme und kritische Würdigung des Reformprojektes Nr. 3515/2015.....	372
F. Fünftes Kapitel – Schlussbetrachtung.....	387
Literaturverzeichnis.....	397